



Ergebnisse seiner Nahostpolitik vorweisen zu können, während die beiden Hauptakteure nur zögerlich in dieses Treffen eingewilligt hatten. Jedoch können es sich weder die Palästinenser unter Mahmud Abbas noch die israelische Regierung leisten, sich dem politischen Druck aus Washington auf Dauer zu verweigern.

Israel

Kontrovers

Nr. 5

19. September 2010

Die Wiederaufnahme direkter Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern im September 2010

Nach fast zwei Jahren Unterbrechung nahmen Israelis und Palästinenser am 2.09. 2010 im Beisein von US-Außenministerin Hillary Clinton in Washington ihre direkten Verhandlungen zur Erreichung eines Friedensabkommens wieder auf. Am Abend zuvor waren Israels Premier Benjamin Netanyahu und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas mit US-Präsident Barack Obama zusammengetroffen. Weitere Teilnehmer dieses Treffens waren der ägyptische Präsident Hosni Mubarak, Jordaniens König Abdullah II. sowie der Brite Tony Blair als Vertreter des Nahost-Quartetts (USA, Russland, EU und UNO).

Zustandekommen war die Wiederaufnahme direkter Gespräche maßgeblich auf Druck der US-Administration mit dem Ziel, innerhalb eines Jahres die Voraussetzungen für eine dauerhafte Friedenslösung zu schaffen. Im Vorfeld der Kongresswahlen im November ist es für Barack Obama sehr wichtig, positive

Netanyahu überraschte die Teilnehmer des Essens am Abend vor dem offiziellen Beginn der Gespräche mit folgenden Worten: "Präsident Abbas, Sie sind mein Friedenspartner. Es ist an uns, den quälenden Konflikt zwischen unseren Völkern zu beenden und mit Hilfe unserer Freunde einen Neuanfang zu erreichen". Solche Worte hatte man von Netanyahu noch nicht gehört. Bisher hieß es von israelischer Seite immer wieder, dass es auf palästinensischer Seite keinen echten Partner für ein Friedensabkommen gäbe. Und dann sagte er noch: "Ich bin gekommen, um einen historischen Kompromiss zu finden, der es unseren beiden Völkern ermöglicht, in Frieden, Sicherheit und Würde zu leben". Zweifellos starke Worte, denen hoffentlich auch starke politische Taten folgen werden.

An den Gesprächen nimmt nur die Palästinenserführung aus dem Westjordanland teil, während die im Gaza-Streifen regierende Hamas die Verhandlungen strikt ablehnt. Sie hat Ihre Position auf gewohnte Art zum Ausdruck gebracht, als am Tag vor dem Beginn der Gespräche in Washington vier israelische Siedler in der Nähe von Hebron von einem Kommando des militärischen Arms der Hamas getötet wurden. Ungeachtet dieses Vorfalls, der früher unverzüglich zum Abbruch der Gespräche geführt hätte, vereinbarten beiden Seiten jedoch, sich von nun an alle zwei Wochen auf höchster Ebene zu treffen.

Wie geplant wurden die Gespräche am 14. September im ägyptischen Sharm al-Sheikh und am 15. September in Jerusalem im Beisein von Hillary Clinton und dem US-Nahost-Gesandten George Mitchell fortgesetzt. Die zentralen Themen waren die Grenzen eines

künftigen Palästinenserstaates, der zukünftige Status von Jerusalem sowie der israelische Siedlungsbau. Besonders die Frage der Siedlungen im Westjordanland könnte schon bald zum Abbruch der Gespräche führen. Mahmud Abbas droht damit, die Verhandlungen abubrechen, wenn der am 25.11.2009 von der israelischen Regierung beschlossene zehnmonatige Baustopp in den Siedlungen im Westjordanland am 26.09.2010 nicht verlängert wird. Netanyahu hat eine solche Verlängerung bisher ausgeschlossen.

Dieses Thema - die Wiederaufnahme der direkten Gespräche mit den Palästinensern - dominiert derzeit die Medien und den öffentlichen Diskurs in Israel. Nachfolgend stellen wir die Positionen von zwei renommierten Akteuren dieser Debatte vor, die das Spektrum der vertretenen Positionen aufzeigen.

Dr. Yossi Beilin, ehemaliger Vorsitzender der Meretz-Partei und Architekt der Genfer-Friedensinitiative kommt zu dem Schluss, dass mit den derzeitigen politischen Führungen das angestrebte Ziel der direkten Gespräche - eine Friedenslösung innerhalb eines Jahres - nicht erreichbar sei. In Mahmud Abbas sieht er zwar einen Mann des Friedens, der tatsächlich eine politische Lösung des Konflikts anstrebe, jedoch sei er nicht der "natürliche Führer" der Palästinenser und habe nicht die politische Kraft, ein solches Abkommen in den eigenen Reihen durchzusetzen. Und Benjamin Netanyahu sei nicht bereit, den für einen Frieden erforderlichen Preis zu zahlen, insbesondere die Teilung Jerusalems. Außerdem sei Netanyahus eigentliche politische Priorität die Bedrohung durch den Iran und nicht die Lösung des Nahostkonflikts. Einen weiteren Hinderungsgrund sieht Beilin in der politischen Spaltung der Palästinenser und der Tatsache, dass der von der Hamas regierte Gaza-Streifen nicht Teil eines Friedensabkommens wäre. Nach seiner Meinung sind die direkten Gespräche nur deshalb zustande gekommen, weil beiden

Seiten auf keinen Fall eine Verschlechterung ihres Verhältnisses zu den USA riskieren wollten. Da ein Scheitern der jetzigen Zielstellung für ihn sicher ist, schlägt Beilin als Alternative ein Teilabkommen vor. Ein solches Interimabkommen sollte die Gründung eines Palästinenserstaates mit vorläufigen Grenzen und den weiteren Rückzug Israels aus dem Westjordanland und damit die Vergrößerung des palästinensischen Hoheitsgebietes enthalten.

Prof. Efraim Inbar von der Bar Ilan-Universität ist ebenfalls skeptisch in Bezug auf die Erfolgsaussichten der neu gestarteten direkten Verhandlungen. Er konstatiert, dass vor allem die Obama-Administration sowohl außen- wie auch innenpolitisch ein großes Interesse an spürbaren Fortschritten im Nahost-Friedensprozess besitze und dementsprechenden Druck auf die israelische und die palästinensische Seite ausgeübt habe. In den politischen Strukturen und divergierenden Erwartungen der beiden Hauptakteure sieht er die Haupthürden für eine Friedenslösung. Der palästinensischen Führung attestiert er, mehr an einer Fortführung des Konflikts als an einer Lösung interessiert zu sein. Mit dem Konflikt als Begründung könne sie von der internationalen Gemeinschaft weiterhin hohe Hilfsgelder erreichen und die Demokratisierung der palästinensischen Gesellschaft weiter verschleppen. Da die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) nicht über das für die Verhinderung von Terrorismus notwendige Gewaltmonopol verfüge und es eine politische Spaltung zwischen PA und Hamas gibt, sei derzeit eine Lösung des Konflikts nicht möglich. Eine Alternative sieht er in einer Strategie des Konfliktmanagements, die sich darauf konzentrieren sollte, den Terrorismus einzudämmen, das Leiden der Menschen auf beiden Seiten zu begrenzen und eine Eskalation des Konflikts zu verhindern.

Dr. Ralf Hexel, Leiter des FES-Büros in Israel Herzliya, 19. September 2010

Was müsste getan werden? Und was kann getan werden?

von Dr. Yossi Beilin

Die Reden auf dem Nahost-Gipfel in Washington zu Beginn des Monats waren schön, der gemeinsame Nenner beeindruckend. Niemand versuchte, sein Gegenüber zu attackieren, und die Redner verströmten Zuversicht im Hinblick auf mögliche Fortschritte im Friedensprozess. Dennoch rechnet kein ernsthafter Beobachter damit, dass die derzeitigen Gespräche in einem Jahr zum Frieden führen.

Der Übergang von den „Annäherungsgesprächen“ zu direkten Gesprächen zwischen Israel und den Palästinensern ist nicht auf einen Durchbruch in den bisherigen Gesprächen zurückzuführen, denn bei diesen hat sich außer der Präsentation der palästinensischen Vorstellungen zu einer endgültigen Friedensregelung und der von Israel vorgebrachten Forderung, über Sicherheitsfragen zu verhandeln, nichts ereignet. Die neue Dynamik beruht in erster Linie auf dem Willen der amerikanischen Regierung – vor den anstehenden Kongresswahlen, bei denen die Demokraten einen erheblichen Teil ihrer Sitze verlieren werden – zu zeigen, dass es im Nahen Osten trotzdem positive Bewegung gibt sowie auf dem Willen, eine Zuspitzung des Konflikts im September zu verhindern. Dann hätte der palästinensische Präsident Mahmud Abbas (Abu Mazen) nämlich vor der UN-Vollversammlung die Verabschiedung eines Beschlusses über den Charakter einer endgültigen israelisch-palästinensischen Friedensregelung beantragt und damit die USA in Verlegenheit gebracht, die dem palästinensischen Vorschlag im Grundsatz zustimmen könnte, damit jedoch einen Bruch mit der israelischen Regierung unter Netanyahu riskieren würde.

Ende September läuft der zehnmonatige Teil-

Baustopp in den besetzten Gebieten aus, und die Wiederaufnahme der Bautätigkeit könnte zu Spannungen in der Region und sogar zu Gewaltausbrüchen führen. Man kann davon ausgehen, dass sich die beiden Seiten angesichts der Aufwertung der Gespräche mit einseitigen Schritten zurückhalten werden, und so wird Zeit vergehen, und bis zu den Wahlen im November wird Ruhe herrschen. Aber es handelt sich um einen kurzfristigen Schritt, der zu einem späteren Zeitpunkt vermeidbaren Schaden zu verursachen droht. Denn es bestehen kaum Chancen, dass die in diesen Tagen beginnenden Gespräche in einem Jahr (oder binnen irgend einer anderen Frist) zum Ziel, das heißt zu einem Friedensabkommen zwischen den beiden Seiten, führen. Wer wirklich am Fortschritt interessiert ist und nicht nur an einer weiteren Zeremonie, sollte die Zielsetzung der Gespräche ändern.

Was hätte getan werden sollen?

Die 17 Jahre seit dem Beginn der Oslo-Gespräche sind eine lange Zeit, die viel länger ist, als wir sie uns ursprünglich vorgestellt hatten. Sie verging, ohne dass ein Friedensabkommen abgeschlossen wurde, denn es gab – auf beiden Seiten – Leute, die alles unternahmen, sei es mit politischen Mitteln oder mit Gewalt, um ein Abkommen zu vereiteln. Sie stellten eine Minderheit in ihren Völkern dar, aber ihre Entschlossenheit gab ihnen gegenüber der schweigenden Mehrheit, die in Ruhe und Wohlstand leben möchte, einen Vorteil. Dennoch nahm die Vorstellung, wie eine Friedensregelung aussehen könnte, im Laufe der Jahre auch aufgrund der anhaltenden diesbezüglichen Bemühungen eine zunehmend feste Gestalt an. Die Details einer möglichen Übereinkunft wurden umfassend untersucht, und die Differenzen zwischen den beiden Seiten haben sich verringert. Gäbe es echten Willen zu Kompromissen, bräuchte man diese also nicht zu erfinden. Sie existieren in den Parametern von Präsident Clintons Initiative vom Dezember 2000 und in der (inoffiziellen) Genfer Initiative von 2003, die auf diesen Parametern, auf der Roadmap von

Präsident Bush aus dem Jahr 2003 und auf der arabischen Initiative von 2002 beruht.

Wenn alle Parteien bereit wären, die Ärmel hochzukrempeln, der Lösung dieses Konflikts größte Anstrengungen zu widmen und gegenseitig Zugeständnisse zu machen, bräuchte es keinerlei Zeitbeschränkung. Wenige Monate würden reichen, um Übereinstimmungen zu erzielen. Da die Grenzfrage kaum Schwierigkeiten birgt (sie wäre zwangsläufig auf der Grundlage der Grünen Linie zu lösen, wobei es zu einem Gebietstausch käme, bei dem Israel einige Siedlungsblöcke, die wenige Prozent der Fläche des Westjordanlandeseinnehmen, in sein Staatsgebiet eingliedern könnte) und die Sicherheitsregelungen auch nicht komplizierter sind (die Palästinenser würden einen demilitarisierten Staat mit starken Polizeikräften und israelischen Frühwarnanlagen auf ihrem Gebiet akzeptieren, nicht jedoch israelische Militärpräsenz), und da das Schicksal der jüdischen Siedlungen vom Verlauf der Grenze zwischen beiden Staaten abhängt, müssten die Zugeständnisse vor allem bei den beiden emotionalsten Fragen erfolgen: Jerusalem und palästinensische Flüchtlinge. Israel wird der Teilung Ostjerusalems zustimmen müssen, und die Palästinenser werden gezwungen sein, auf die Umsetzung ihrer Forderung zu verzichten, jedem palästinensischen Flüchtling von 1948 und seinen Nachkommen die Niederlassung in Israel zu ermöglichen. Beide Seiten haben sich mit diesen Kompromissen schon lange abgefunden. Es wären also eher virtuelle Kompromisse, denn Ostjerusalem steht schon heute unter dem Einfluss der palästinensischen Autonomiebehörde. Die Einwohner dieses Teils der Stadt wählen ihre Vertreter für den Palästinensischen Legislativrat, und die israelischen Behörden haben zu weiten Teilen des Gebiets im Ostteil der Stadt keinen Zugang. Und was die Flüchtlinge anbetrifft, so ist die überwiegende Mehrheit bereits in den Staaten integriert, in denen sie sich niedergelassen haben und hat deshalb kein Interesse, die

israelische Staatsbürgerschaft anzunehmen, selbst wenn die Möglichkeit dazu bestünde.

Wenn alle Parteien wirklich bereit gewesen wären zu versuchen, die Differenzen zu überwinden, hätten sie bereits im Frühjahr 2009, unmittelbar nach dem Amtsantritt der Regierungen Obama und Netanyahu, Gespräche aufgenommen (direkte oder, noch besser, geheime Gespräche), sämtliche Fragen aufgeworfen, zu deren Behandlung sie sich verpflichtet hatten, und sie aus eigener Kraft oder mit Hilfe der Amerikaner gelöst. Doch das ist nicht der Fall. Die Konfliktparteien wollen oder können sich nicht auf eine endgültige Friedensregelung einigen. Die eigentliche Frage ist nun, ob man warten soll, bis die derzeitigen Führungen abgelöst werden, oder ob es nicht besser wäre, die Zielsetzungen den derzeitigen Führungen anzupassen. Denn man muss davon ausgehen, dass nicht bekannt ist, wann die derzeitigen Führungen abgelöst werden und wer an ihre Stelle tritt und dass die Zeit gegen jene arbeitet, die eine Friedensregelung im Nahen Osten anstreben.

Die politischen Führungen

Präsident Obama trat sein Amt voller guter Absichten an. Bei einem seiner Auftritte im Wahlkampf sagte er, man brauche nicht Likudnik zu sein, um Israel zu unterstützen und stellte dies als Präsident auch unter Beweis. Doch er hat seit seinem Amtsantritt schwere Fehler begangen und inzwischen teilweise die Fähigkeit eingebüßt, Einfluss auf die Konfliktparteien auszuüben. Einerseits aufgrund schwindender innenpolitischer Unterstützung und andererseits weil sich auf internationaler Ebene die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass seine wunderbar liberalen und vom Geist des Friedens geprägten Reden und die – zögerlichen – Taten zu weit auseinanderklaffen. Er forderte von Israel einen völligen Baustopp im Westjordanland, um Gespräche mit den Palästinensern beginnen zu können. Doch er hatte nicht die Kraft, diese Forderung durchzusetzen. Mehrere

Monate ermüdender Verhandlungen wurden für einen Teilbaustopp verschwendet, und erst nach weiteren Monaten kam es zwischen Israel und den Palästinensern zu „Annäherungsgesprächen“. Solche Gespräche sind in der Regel für Konfliktparteien bestimmt, die nicht bereit sind, miteinander zu verhandeln und nicht für Parteien, die einander seit Jahren kennen und die in den letzten 17 Jahren nichts daran gehindert hat, direkt miteinander zu verhandeln. Auch die Ernennung von ex-Senator George Mitchell zum Sonderbeauftragten für den Nahen Osten war ein schwerer Fehler Obamas. Er hätte jemanden ernennen sollen, der die Konfliktparteien wirklich in die Pflicht nimmt, der in der Region wohnt und nicht jemanden, der nur sporadisch in den Nahen Osten reist, zusätzlich mit vielen weiteren Missionen beschäftigt ist (wie etwa mit dem Gaza-Konvoi) und wie ein Außenminister auftritt, der sich mit der Staatsführung trifft, statt intensiv mit den Unterhändlern der Konfliktparteien zu arbeiten und so zu versuchen, den Verhandlungen zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Wahlen im November, aus denen die Demokratische Partei geschwächt hervorgehen wird, werden Obama weiter schwächen, und es wird ihm noch schwerer fallen, die Konfliktparteien zum Durchbruch zu verpflichten. Seine Bemühungen verdienen zweifellos Respekt, und er könnte eine sehr wichtige Funktion ausüben, wenn die Konfliktparteien mitspielen könnten und wollten. Doch das ist nicht der Fall. Somit ist klar, dass er jetzt nicht genug unternimmt und dass es ihm später schwer fallen wird, das Versäumte nachzuholen.

Mahmud Abbas ist kein natürlicher Führer. Die Präsidentschaft fiel ihm aufgrund seiner Führungsposition innerhalb der Fatah zu und nicht weil er dieses Amt angestrebt hätte. Er ist ein Mann des Friedens, der davon überzeugt ist, dass eine israelisch-palästinensische Friedensregelung im nationalen Interesse der Palästinenser liegt. Er glaubt, dass gewaltsame

Schritte der Palästinenser nichts erreichen können, und er gehört zu den Wenigen in der PLO-Führung, die vor zehn Jahren gegenüber Yassir Arafat offen die Meinung vertraten, dass es ein Fehler sei, keinen ernsthaften Versuch zur Beendigung der Intifada zu unternehmen. Durch die Ernennung von Salam Fayyad zum palästinensischen Premierminister sorgte er im Westjordanland für Ruhe und Ordnung und für wirtschaftliche Entwicklung. Zu einem bestimmten Zeitpunkt glaubte er an die Möglichkeit, mit dem damals amtierenden israelischen Premierminister Ehud Olmert eine Friedensregelung erreichen zu können und deckte ihm gegenüber seine pragmatischen Positionen zu sämtlichen Verhandlungsfragen auf. Diese Positionen überraschten Olmert, der daraufhin die Ansicht vertrat, dass ein Abkommen auf dieser Grundlage möglich wäre. Doch Abbas erreichte kein Abkommen mit Olmert, da in Israel die Wahlen nahten und Olmert, dem Anklagen drohten, nicht mehr für das Amt kandidierte. Abbas, der wusste, dass Tzipi Livni Olmerts Kompromissen nicht zustimmen würde, besonders hinsichtlich der palästinensischen Flüchtlinge, wollte vermeiden, dass seine Kompromisspositionen nach den Wahlen in Israel von der neuen israelischen Regierung als Anfangspositionen gewertet würden.

Abbas tritt bei den nächsten Präsidentschaftswahlen der Palästinensischen Autonomiebehörde nicht mehr an, übt sein Amt aber weiter aus, obwohl seine Amtszeit bereits abgelaufen ist (er war im Januar 2005 mit einem Stimmenanteil von 62% gewählt worden). Da das palästinensische Parlament aufgelöst wurde, amtiert die palästinensische Regierung derzeit ohne parlamentarisches Mandat und ausschließlich vermittels Präsidialdekreten. Zudem wird der Gazastreifen seit 2007 separat von der Hamas regiert, ohne Beteiligung von Abu Mazens Autonomiebehörde (mit Ausnahme von Lohnzahlungen für einen Teil der Regierungsbeamten in Gaza). Abbas tritt wie jemand auf, der jederzeit zum Rücktritt bereit scheint. Ein plötzlicher Rücktritt wäre also

keine Überraschung. Einen designierten Nachfolger gibt es nicht. Abbas glaubt nicht, dass die Verhandlungen mit Netanjahu zu einem Friedensabkommen führen werden, und seine Politik ist vor allem auf die amerikanische Regierung ausgerichtet, die er nicht enttäuschen darf – er ist auf ihrer politische und finanzielle Unterstützung angewiesen. Als Figur, die die Verhandlungsoption verkörpert, möchte er seinen Gegnern im palästinensischen Lager beweisen, dass der politische Weg – gegenüber Israel und den Amerikanern – den Palästinensern mehr Vorteile bringt als pathetische Versuche, Gewalt anzuwenden.

Benjamin Netanyahu erreichte seine zweite Amtszeit mit denselben ideologischen Auffassungen und mit viel weniger Aufwand als beim ersten Mal. Allein die Tatsache, dass er trotz grandios gescheiterter erster Amtszeit erneut gewählt wurde, scheint ihm Befriedigung zu verschaffen und bewegt ihn dazu, alles zu vermeiden, was seine zweite Amtszeit verkürzen könnte. Er handelt vorsichtig, äußert sich relativ wenig, mischt sich in viele Dinge nicht ein, in die er sich eigentlich einmischen sollte, geht Konfrontationen aus dem Weg, hat kein Interesse an militärischem Kräftenessen und ist nicht bereit, den Preis für den Frieden zu zahlen. Seine Hauptsorge ist die Entwicklung einer Atombombe durch den Iran, und ein Großteil seiner Handlungen ordnet er deren Verhinderung unter.

Wie die Politik von Abbas ist auch Netanjahus Politik vor allem auf die amerikanische Regierung ausgerichtet. Er weiß, dass eine Konfrontation zwischen Israel und den USA dem nationalen israelischen Interesse völlig widersprechen würde, besonders im Hinblick auf den Iran. Er möchte seine Politik im israelisch-palästinensischen Kontext so gestalten, dass sich die Amerikaner mit seinen Vorstellungen abfinden und die Schuld für einen Misserfolg auf die Palästinenser fällt.

Seine Rede an der Bar Ilan-Universität, in der er sich erstmals zur Zwei-Staaten-Lösung

bekannte, beruhte auf der Einschätzung, dass Obama ihn in Kürze dramatisch unter Druck setzen könnte, und dass eine solche Rede die Chancen einer solchen Druckausübung verringern würde. Nichts an dieser Rede war historisch. Bereits Ariel Scharon hatte sich als Premierminister und Likudpolitiker in seiner berühmten Latrun-Rede für einen Palästinenserstaat ausgesprochen. Neu war also nur der Umstand, dass die Äußerung diesmal von Netanyahu stammte. Netanyahu versteht seine Position so, dass nichts dagegen einzuwenden ist, wenn die Palästinenser die Autonomie in Teilen des Westjordanlandes, die unter israelischer Sicherheitshoheit stehen, als Staat bezeichnen. Im Wahlkampf äußerte er sich noch entschieden gegen die Errichtung eines Palästinenserstaates, und möglicherweise wollte er sich die Möglichkeit, in diesem Punkt nachzugeben, für einen viel späteren Zeitpunkt seiner Amtszeit aufheben, fand sich aber in einer Situation wieder, in der er diese Karte für seine Begriffe zu früh aufdecken musste. Sollte es ihm gelingen, seine Amtszeit zu vollenden ohne Zugeständnisse an die Palästinenser und ohne Krise im Verhältnis zu den USA, würde er das als riesigen Erfolg betrachten. Er glaubt nicht, dass die Zeit gegen Israel arbeitet und betrachtet die demografische Frage nicht als dringend.

Netanyahu kann es sich nicht leisten, seine Standpunkte im Detail offenzulegen, denn er weiß, dass in dieser Hinsicht zwischen ihm und Abbas eine große Asymmetrie besteht. Wenn Abbas seine Standpunkte offenlegt, sind sie internationaler Konsens. Wenn Netanyahu dies tut, isoliert er sich. Nicht einmal die USA könnten ihn unterstützen. Wenn er nicht die Absicht hat, die Standpunkte zu ändern, auf denen er in seiner bisherigen politischen Laufbahn, in seinen Büchern und in seinen Reden stets beharrt hat, wird das Verhandlungsjahr zu einem Jahr werden, in dem er versuchen wird, sich der Stunde der Wahrheit um jeden Preis zu entziehen. Dies war ihm bereits in seiner ersten Amtszeit gelungen. Er prägte damals den Leitspruch:

„Wenn sie etwas geben, werden sie etwas erhalten“. Als wäre er der Richter, stellte er kurzerhand fest, die Palästinenser hätten nichts gegeben, wodurch er auch Israel von der Verpflichtung befreit sah, bis zum Mai 1999 eine endgültige Friedensregelung zu erreichen.

Warum eine endgültige Friedensregelung derzeit außer Reichweite liegt

Der Gazastreifen ist ein unerlässlicher Bestandteil des zu erwartenden Friedensabkommens zwischen Israel und den Palästinensern. Das Oslo-Abkommen hält ausdrücklich fest, dass das Westjordanland und Gaza Bestandteile ein und desselben Gemeinwesens sind und deshalb Teil einer gemeinsamen Lösung sein müssen. Mahmud Abbas repräsentiert den Gazastreifen derzeit jedoch nicht und kann nicht in seinem Namen auftreten. Da der Gazastreifen also gegenwärtig nicht Teil des Prozesses ist, kann die „sichere Passage“, das heißt der Korridor zwischen dem Westjordanland und Gaza, zu dem sich schon Menachem Begin im Camp David-Abkommen verpflichtet hatte, nicht realisiert werden. Vor allem aber kann es nicht zum Gebietstausch zwischen Israel und den Palästinensern kommen, da die Gebiete, die Israel an die Palästinenser abtreten soll, überwiegend an den Gazastreifen grenzen und keine israelische Regierung derzeit der Vergrößerung des von der Hamas kontrollierten Gazastreifens zustimmen würde. Ein Abkommen zwischen Israel und der PLO droht also zum „Abkommen für die Ablage“ zu werden. Die Umsetzung würde sich auf das Westjordanland beschränken und den Gebietsaustausch ausklammern. Die weiteren Entwicklungen im Gazastreifen würden abgewartet. Die vorherige israelische Regierung war zu einer solchen Regelung bereit, die Regierung Netanjahu nicht. Vorbehalte gegenüber Abkommen für die Ablage sind leicht zu begründen.

Was kann getan werden?

Eine Möglichkeit wäre, folgendes zu erklären:

Wenn derzeit ernsthafte Verhandlungen über eine endgültige Friedensregelung unmöglich sind, wäre es besser, damit bis zur Ablösung der gegenwärtigen Führungen zu warten und sich in der Zwischenzeit mit Verbesserungen vor Ort zu begnügen, soweit sie möglich sind. Doch die Zeit arbeitet nicht für die Friedenswilligen. Die geschaffenen Tatsachen erschweren die zukünftige Umsetzung einer endgültigen Friedensregelung, und bestimmte Leute werden versuchen, solange wie möglich weitere Tatsachen zu schaffen. Zudem wissen wir natürlich nicht, ob die künftigen politischen Führer gemäßigt sein werden. Auf sie zu warten, könnte sich somit als nutzlos erweisen.

Eine zweite Möglichkeit wäre, unter den gegebenen Umständen eine Teilregelung anzustreben. Das würde die Umsetzung des zweiten Teils der „Roadmap“ (die Gründung eines Palästinenserstaates in provisorischen Grenzen) oder des dritten Teils des Interimabkommens von 1995 bedeuten, das eine dritte israelische Rückzugsetappe vor einer endgültigen Regelung vorsieht und das Hoheitsgebiet der Palästinensischen Autonomiebehörde vergrößern würde.

Keine der beiden Konfliktparteien kann sich für eine solche Lösung begeistern. Netanyahu zieht ein endgültiges Abkommen vor, das den Forderungen und dem Konflikt generell ein Ende setzen würde. Abbas wiederum befürchtet, dass ein Interimabkommen jeder Art zu einem endgültigen Abkommen werden könnte, ohne das Flüchtlingsproblem und die Jerusalemfrage zu lösen. Beide Seiten wären auf Garantien angewiesen, um sich mit einem Interimabkommen begnügen zu können. Als Garantie für die Palästinenser könnte eine Verpflichtung des amerikanischen Präsidenten zu den Grundsätzen des endgültigen Friedensabkommens und ein Zeitplan für die nächsten Schritte dienen. Die Garantie für Israel könnte in Form einer partiellen Umsetzung der arabischen Initiative von 2002 bestehen (Austausch von Vertretungen ohne diplomatischen Status, freie Reisemöglichkeit

für Israelis in arabische Staaten etc.).

Das ist von einer idealen Lösung weit entfernt, aber einem so gut wie sicheren Scheitern von Gesprächen vorzuziehen, die als Gespräche über ein endgültiges Abkommen ausgegeben werden und mit einer Enttäuschung zu enden drohen. Ein solcher Misserfolg würde das gegenseitige Misstrauen vertiefen und es den Konfliktparteien nicht mehr ermöglichen, die derzeitige Sicherheitskoordination und die ökonomische Zusammenarbeit sowie andere Kooperationsformen weiterzuführen. Beide Seiten sind in der Lage, einer Teilregelung zuzustimmen. Sie tragen große Verantwortung. Auch für die USA wäre es besser, die Konfliktparteien an eine bescheidenere Herausforderung heranzuführen, statt sie zu einem unrealistischen und gefährlichen Schritt zu drängen.

Dr. Yossi Beilin war für die Arbeitspartei und Meretz langjähriges Mitglied der Knesset, 2004-2008 Vorsitzender von Meretz, Minister in mehreren israelischen Regierungen, einer der Architekten des Oslo-Prozesses sowie der Genfer-Friedensinitiative. 2008 hat er sich aus der aktiven Politik zurückgezogen.

Die Wiederaufnahme direkter Gespräche zwischen Israel und der palästinensischen Führung

von Prof. Efraim Inbar

Am 2. September 2010 gelang es den USA erneut, die zeremonielle Wiederaufnahme der politischen Gespräche zwischen Israel und der palästinensischen Führung in die Wege zu leiten. Nach fast zwei Jahren vergeblichen Vermittlungsversuchen und indirekten Gesprächen haben die USA ein wenig Hoffnung auf ein Ende des langwierigen Konflikts aufkommen lassen.

Man muss den amerikanischen Diplomaten zugestehen, dass die Wiederaufnahme der Verhandlungen ein wichtiger Schritt ist, denn nur mit direkten Gesprächen ist ein Abkommen erreichbar. Präsident Barack H. Obama, berühmt durch seinen Slogan "Yes, We Can", zeigte sich optimistischer als seine Vorgänger in der Herangehensweise an den vertrackten Nahostkonflikt. Obama kann einen außenpolitischen Erfolg auch sehr gut in seinen innenpolitischen Kämpfen gebrauchen, denn ein gutes Ergebnis der Verhandlungen kann die befürchteten Verluste der Demokraten bei den im November anstehenden Kongresswahlen verringern. Die gute Publicity, die selbst ein kurzlebiger Erfolg bringen würde, könnte die sehr problematische amerikanische Außenpolitik in Irak und Afghanistan überlagern. Auch die Tatsache, dass die widerstrebende Führung aus dem Westjordanland der Forderung der Regierung Netanyahus nachgab und sich nun mit den Israelis ohne Vorbedingungen an einen Tisch setzt, beruhigt die besorgten Freunde Israels, darunter auch viele Demokraten, die Anstoß an Obamas grobem Verhalten gegenüber Netanyahu genommen hatten. Weiterhin ist Obama daran interessiert, ein Image nach außen zu tragen als ein Präsident, dem viel daran liegt, zu Hause und in der Welt echte Veränderungen zu erreichen.

Andererseits ist der Beginn von direkten Gesprächen nur ein kleiner Schritt. In den 17 Jahren seit der Unterzeichnung der Oslo-Verträge war das Finden eines Gesprächsortes nie das größte Problem. Israelis und Palästinenser trafen sich von Angesicht zu Angesicht in vielen Städten der Welt. Ramallah, der Sitz der palästinensischen Regierung ist nur eine kurze Autostrecke entfernt von Jerusalem und die Telefonlinien funktionieren auch sehr gut.

Auch der Wille der Amerikaner, einen Frieden im Nahen Osten zu erreichen, wurde von den Protagonisten nie in Frage gestellt. Die USA waren schon immer sehr in den Prozess involviert. Um das Leiden zu verringern, wurde außerdem die finanzielle Unterstützung über die letzten Jahre erhöht. Es gibt nur wenige Kommentatoren, die sich dafür aussprechen, dass die USA eine Abmachung erzwingen sollte. Solche Positionen ignorieren die Grenzen amerikanischer Macht und Entschlossenheit. Prinzipiell haben Außenstehende kaum Möglichkeiten, eine Veränderung in der Verhaltensweise der Protagonisten des Nahen Ostens zu erwirken, wie die amerikanischen Erfahrungen im Irak und in Afghanistan zeigen. In Washington weiß man, dass ein Abkommen nicht erzwungen werden kann, und offizielle Stellen in Amerika haben sich auch deutlich in dieser Hinsicht geäußert.

Die eigentliche Hürde zur friedlichen Koexistenz sind die existierenden politischen Strukturen und die Hoffnungen, die beide Parteien des Konfliktes hegen. Es ist falsch anzunehmen, dass die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) wirklich daran interessiert ist, sich in einen regulären Staat zu verwandeln und den langwierigen Konflikt zu beenden.

Das Abkommen, wie Yitzhak Rabin es sich 1993 vorgestellt hatte, beruhte auf der Formel Territorium gegen Sicherheit (nicht Frieden). Darum erlaubte er der PA eine starke Polizei, die verhindern sollte, dass die abgetretenen Gebiete zur Basis für Terrorismus gegen Israel werden könnten. Nachdem klar wurde, dass

eine Art „kalter Frieden“ das beste Angebot der Araber sein würde, will Israel inzwischen einfach nur in Frieden gelassen werden und erwartet, dass die PA sich so verhält wie Ägypten und Jordanien, und Terrorismus auf ihrem Gebiet Einhalt gebietet. Leider hat die PA bis heute komplett versagt diese elementare Erwartung zu erfüllen. Der Hauptgrund für dieses Versagen ist, dass es der PA nicht möglich ist, ein Gewaltmonopol in ihren Territorien zu etablieren, dem wichtigsten Test für einen Staat. Aber die PA ist nicht in der Lage und auch nicht Willens, den bewaffneten palästinensischen Gruppen entgegenzutreten, die den Kampf gegen Israel fortsetzen wollen. Deswegen hat Israel keine andere Wahl, als sich auf seine eigenen Sicherheitskräfte zu verlassen, um Terrorismus in den palästinensisch kontrollierten Gebieten Einhalt zu bieten.

Weiterhin haben Mahmud Abbas und die anderen Herrschenden im Westjordanland ein persönliches Interesse an der Fortsetzung des Konflikts. Trotz der übertriebenen Berichte über die Misere und das Leiden der Palästinenser haben sich die Lebensbedingungen im Westjordanland dramatisch verbessert. Solange Israel als Schuldiger für alle Probleme dieser schlecht geführten Gesellschaft verantwortlich gemacht werden kann, sind sie in der Lage, großzügige finanzielle Unterstützung zu erhalten, zum Beispiel von den naiven Europäern. Der Konflikt mit Israel bewahrt sie vor der Pflicht, wichtige innenpolitische Reformen durchzuführen. Es verwundert nicht, dass Premierminister Salam Fayyad, ein im Westen ausgebildeter Technokrat, sehr wenig Unterstützung auf den Straßen des Westjordanlands findet. Bei den letzten Wahlen konnte seine Partei nicht einmal zwei Prozent der Stimmen erreichen. Seine Aufgabe besteht in erster Linie darin, der Gebergemeinschaft ein respektables Image zu repräsentieren, um so viel Entwicklungshilfe wie möglich zu erhalten.

Die Weiterführung des Konflikts ist nicht nur wichtig, um ein finanzielles Einkommen abzu-

sichern, sondern beinhaltet auch einen erhöhten internationalen Status. Nur wenige Staatsoberhäupter treffen den amerikanischen Präsidenten und andere politische Würdenträger so oft wie die palästinensischen Regierungsmitglieder. Der anhaltende Konflikt verleiht Publicity, Anerkennung und viele immaterielle Vorteile.

Die Fortsetzung des Konflikts erspart den Palästinensern auch eine Anerkennung des legitimen historischen Rechts der Juden auf das Land Israel. Während Israel unter der Führung von Menachem Begin schon 1978 die legitimen Rechte der Palästinenser anerkannte, bevorzugte es die Palästinenser, die Juden als fremde Eindringlinge in ihr Land zu sehen. Ideologisch ist es für Palästinenser sehr schwierig, Israel als legitimen jüdischen Nationalstaat zu sehen, was aber wiederum eine Voraussetzung für die Aussöhnung ist.

Weiterhin ziehen Abbas und die Regierenden es vor den Konflikt weiterzuführen, weil sie dadurch demokratische Wahlen im Westjordanland und Gaza vermeiden können. Das Datum für die 2009 geplanten Parlamentswahlen wurde einfach ignoriert. Die Amtszeit des gewählten Präsidenten Abbas endete im Januar 2010. Die „Besatzung“ durch Israel ist eine gute Ausrede, um normale demokratische Prozeduren zu umgehen und eine autoritäres und korruptes PA-Regime zu zementieren. Der bekannte Politikwissenschaftler Amos Perlmutter nannte die PA eine „Kleptokratie“- ein Epitaph, das für viele Dritte-Welt-Länder zutrifft.

Der Mangel an Demokratie schwächt ganz offensichtlich die Legitimität von Abbas und der mit ihm verbundenen politischen Institutionen. Dieses Problem wird teilweise mit Hilfe einer rücksichtslosen Polizei ausgeglichen, die ironischer Weise von den Amerikanern trainiert wird (in Washington kommen inzwischen auch Zweifel an dieser Sache auf). Durch den Mangel an Respekt für die PA-Führung in der Bevölkerung fehlt Abbas die politische Statur, um die für einen historischen Kompromiss mit

der zionistischen Bewegung notwendigen schwierigen Entscheidungen durchsetzen zu können.

Der Hauptgrund dafür, keine Wahlen abzuhalten, hat jedoch nichts mit Israel zu tun. Es ist die Angst, dass die radikal islamistische Hamas wie bereits im Januar 2006 erneut bei Wahlen siegen könnte. Die Hamas will die Sharia (islamisch religiöses Recht) einführen und lehnt die Existenz eines jüdischen Staates komplett ab. Es erscheint vernünftig, dass der Westen im palästinensischen Fall vorerst auf Demokratie verzichtet. Dies ist jedoch nicht ausreichend, um die vielen strukturellen Probleme der palästinensischer Gesellschaft und Politik zu beheben, die ihre Ursache in erster Linie in dem tiefen Schisma zwischen Islamisten und proto-Nationalisten begründet sind. Hamas ist die aufsteigende politische Kraft in der palästinensischen Gesellschaft. Im Juni 2007 haben sie durch die gewaltsame Machtübernahme im Gazastreifen demonstriert, dass die zahlreichen militärischen Kräfte der PA kaum eine Chance haben gegen die entschlossene Hamasmiliz. Die Versuche, die Hamas zu isolieren oder zu schwächen sind gescheitert. Seit dem militärischen Coup hat die Hamas ihre Macht durch finanzielle und militärische Unterstützung aus dem Iran zementiert. Die Spaltung der Palästinenser hat einen neuen iranischen Stellvertreter geschaffen, während gleichzeitig auch die Hisbollah im Libanon am Erstarren ist.

Dass Abbas dem Druck von Hamas nicht nachgegeben hat und weiterhin im Westjordanland regiert, hat seine Ursache in erster Linie in den Aktivitäten der israelischen Sicherheitskräfte und des israelischen Militärs im Westjordanland. Diese Eingriffe, die durch die Oslo-Verträge erlaubt sind, haben das Ziel, die Hamas-Terroristen unaufhörlich unter Druck zu setzen und israelische Bürger vor ihnen zu schützen. Zugleich wird dadurch die islamistische Opposition zu dem diskreditierten PA-Regime geschwächt. Abbas wird kaum in der Lage sein, israelischen anti-Hamas Mili-

täraktionen Einhalt zu gebieten. Sobald ein Ende des Konflikts erreicht ist, wird das nicht mehr akzeptabel sein. Abbas kann keinen Vertrag abschließen, der ihn an die Hamas ausliefert.

Tatsächlich ist die offensichtlich ständige Kluft zwischen Gaza und dem Westjordanland das größte Hindernis für Fortschritt im Friedensprozess. Der Wettbewerb zwischen den politischen Lagern drängt politische Akteure aus dem Westjordanland und Gaza zu immer radikaleren Positionen. Auch wenn Abbas im Namen der PA einen Vertrag mit der israelischen Regierung schließt, hat er immer noch nicht die Macht, die Hamas daran zu hindern, das Abkommen mit Kassam-Raketen aus dem Gazastreifen zu sabotieren.

Schließlich sind auch die Differenzen in den politischen Positionen nicht zu überbrücken. Um es einfach zu sagen, das meiste, was eine israelische Regierung anbieten kann ohne politischen Selbstmord zu begehen, ist einfach nicht genug für die Palästinenser. In Israel gibt es viel Unterstützung für die Teilung Israels im Tausch für ein Friedensabkommen. Premierminister Benjamin Netanyahu hat eine starke und stabile Koalition, die in der Lage ist, ein bedeutsames Entgegenkommen für die Zukunft eines palästinensischen Staates zu zeigen. Dies würde auch den teilweisen Abbau von Siedlungen in Judäa und Samaria beinhalten. Die Netanyahu-Regierung ist jedoch unnachgiebig in ihrer Ablehnung jener palästinensischen Forderungen, die die Flüchtlinge und Jerusalem betreffen und wird dabei von der Mehrheit unterstützt.

Die Forderung, dass die Flüchtlinge nach sechs Jahrzehnten in ihre Heimat zurückkehren, ist für die meisten Israelis unvorstellbar, da sie dies als ein Mittel zur Zerstörung des jüdischen Staates durch eine Überschwemmung von Arabern sehen. Desweiteren ist diese Forderung auch nicht in internationalem Recht oder Brauch verankert. Israelis weigern sich zurecht, die moralische Verantwortung für das Flüchtlingsproblem zu

übernehmen, denn es entstand als Folge der Weigerung der Araber im Jahr 1948, einen jüdischen Staat gemäß der UN Resolution zu akzeptieren sowie durch den militärischen Überfall der arabischen Staaten gegen den neugeborenen Staat Israel.

Ebenso ist die palästinensische Forderung nach der Kontrolle über Ostjerusalem und besonders nach der Oberherrschaft über den Tempelberg, dem heiligsten Ort für die Juden, ein Hindernis für Frieden. Aus israelischer Perspektive ist der palästinensische Anspruch auf Jerusalem ungerecht. Immerhin bildeten die Juden in den letzten 150 Jahren die Mehrheit in der Stadt, und nach dem Prinzip der Selbstbestimmung hat die Mehrheit auch das Recht zu regieren. Desweiteren war Jerusalem noch nie die Hauptstadt eines muslimischen politischen Gebildes und die Al Aqsa Moschee auf dem Tempelberg hat nur eine zweitrangige religiöse Bedeutung für die muslimische Welt. Die Juden beten in Richtung Jerusalem, während die Muslime in Richtung Mekka beten. Das Bestehen auf Ostjerusalem als Hauptstadt für die Palästinenser scheint seltsam, da sie noch nie einen Staat oder eine Hauptstadt irgendwo hatten. Die Teilung der Stadt macht auch keinen Sinn, weder aus politischer noch urbaner Sicht, denn der Trend geht dahin, Städte zu vereinigen, wie zum Beispiel Berlin, Nikosia oder Belfast. Zuletzt ist es auch gar nicht klar, ob die arabischen Bewohner Jerusalems unter einer PA-Regierung leben wollen, die in vieler Hinsicht einem gescheiterten Staat ähnelt, wenn die weitaus attraktivere Option besteht, in einem demokratischen israelisch-regierten Jerusalem mit erstklassiger Infrastruktur zu wohnen. Es gibt tatsächlich Stimmen unter den arabischen Bewohnern, die ein Referendum fordern, um ihr Recht auf Wahlfreiheit der politischen Rahmenbedingungen geltend zu machen.

Im Einvernehmen mit dem palästinensischen Nationalethos hält die PA an Maximalforderungen bezüglich Flüchtlingen und Jerusalem fest. Es fehlt an Pragmatismus in

ihrer politischen Kultur, was ihre Flexibilität enorm einschränkt. Außerdem will die PA nicht angreifbar gegenüber der Hamas-Kritik sein, die palästinensische Sache zu verraten. In ähnlicher Weise wird auch Israels Forderung nach der Anerkennung des jüdischen Nationalstaates von den Palästinensern vollkommen abgelehnt. Unangemessene Forderungen zu stellen, ist schließlich ein Weg, um den Konflikt zu verlängern. Seltsamerweise denken Palästinenser aus verschiedenen politischen Lagern, dass die Zeit auf ihrer Seite ist und dass eine Verlängerung des Konflikts mit Israel in ihrem Interesse ist. Wenn der Konflikt weiter geht, selbst zu Lasten der Schaffung eines palästinensischen Staates, brauchen sie die Legitimität Israels nicht anzuerkennen und verringern das Risiko eines Bürgerkrieges.

Alle Botschaften aus der PA-Führung, den PA-Medien und aus ihrem Bildungswesen deuten darauf hin, dass der Kampf gegen die bösen Israelis fortgeführt werden muss. Um in den gegenwärtigen Friedensgesprächen Fortschritte zu erzielen, muss die palästinensische öffentliche Meinung auf Kompromisse und Zugeständnisse mit Israel vorbereitet werden. Jedoch geht die Hetze gegen Israel und die Glorifizierung von Terroristen weiter. Die Kampagne zur Delegitimierung und Dämonisierung Israels erlaubt es der palästinensischen Führung nicht, ein Abkommen mit Israel zu erzielen. Desweiteren klingen die Botschaften der palästinensischen Führung eher apologetisch als versöhnlich, sie sind vor allem darauf gerichtet zu rechtfertigen, warum Abbas sich entschieden hat mit Israel ohne Vorbedingungen zu kooperieren. Die PA sagt ihren Leuten, dass sie den Gesprächen nur auf Grund des starken Drucks der Amerikaner und Europäer zugestimmt hat.

Vorausgesetzt, die obigen Annahmen treffen zu, dann sind die Aussichten für die direkten Gespräche schlecht. Die PA wird wahrscheinlich die erste Gelegenheit nutzen, um die Gespräche abubrechen. Sie hat bereits damit

gedroht dies zu tun, sollte Israel seine Bauvorhaben im Westjordanland und in Ost-Jerusalem fortsetzen. Dies stellt eine neue Bedingung, denn der Dialog war früher nie an israelischer Siedlungstätigkeit gescheitert. Das ganze Thema der Siedlungen wurde von den Palästinensern unverhältnismäßig aufgebauscht und übertrieben. In der Vergangenheit hat Israel gesagt, dass es bereit ist, einige der Siedlungen zu räumen. Jerusalem hat 1981 gezeigt, dass es dafür auch die politische Befähigung hat, als im Kontext des Friedensabkommens mit Ägypten israelische Siedlungen auf dem Sinai geräumt wurden und im Jahr 2005, als vier isolierte Siedlungen in Samaria und alle Siedlungen im Gazastreifen geräumt wurden. Die Palästinenser bestehen auf ein Einfrieren des Siedlungsbaus als Voraussetzung für Gespräche, weil es natürlich dem Ziel dient, eine Beendigung des Konflikts zu vermeiden.

Das jüngste Treffen in Washington ist ein weiterer Versuch in einer langen Reihe gescheiterter Versuche, den israelisch-palästinensischen Disput zu einer Lösung zu bringen. Leider hat nicht jeder vertrackte Konflikt eine schnell erreichbare Lösung. Da es keinen Partner gibt, der in der Lage ist, die für eine Konfliktlösung notwendigen Kompromisse einzugehen, ist die geeignete Strategie für den israelisch-palästinensischen Disput deshalb Konfliktmanagement. Im Wesentlichen geht es bei dieser Strategie um eine Minimierung der Kosten des bewaffneten Konflikts und darum, die Freiheit für politischen Gestaltungsspielraum zu erhalten. Ein weiterer Zweck ist es, Zeit zu gewinnen, weil man davon ausgeht, dass die Zukunft vielleicht bessere Alternativen bringen wird. Der Mangel eines genauen Endziels ist zwar nicht besonders inspirierend, aber es ist vielleicht der beste Umgang mit einer schwierigen Situation.

Auf der operationalen Ebene bestehen die Ziele darin, den Terrorismus einzudämmen, das Leiden der israelischen und palästinensischen Bevölkerung zu begrenzen und

eine Eskalation zu verhindern. Ausländische Hilfe für Palästinenser sollte differenziert und konzentriert sein. Die Räumung weiterer isolierter Siedlungen könnte dazu beitragen, Spannungen zwischen Juden und Palästinensern auf ein Minimum zu reduzieren. Diese Strategie des Konfliktmanagements verlangt Geduld, Zurückhaltung und Flexibilität und ist voller Ungewissheiten. Es ist ein Prozess des systematischen Ausprobierens, der sich an den verschiedenen regionalen und internationalen Dynamiken ausrichten muss.

Solange die Seiten in einem langwierigen Konflikt sich tolerierbare Schmerzen zufügen, wird dieser Konflikt nicht enden. Langfristig könnte es besser sein, die Protagonisten sich erschöpfen zu lassen, als sich vorschnell einzumischen. Die internationale Gemeinschaft muss verstehen, dass geringes Engagement oft eine Tugend sein kann. Regierungen sind stumpfe Instrumente und sollten ihre Aktivitäten auf der internationalen Bühne darauf beschränken, humanitäre Desaster zu verhindern. Die USA haben die direkten Verhandlungen wieder begonnen. Wenn diese Entscheidung Teil einer Strategie des Konfliktmanagements ist, ist sie zu begrüßen. Wenn sie jedoch von grandioseren Vorstellungen motiviert ist, sehen die Chancen für einen Erfolg schlecht aus.

Prof. Efraim Inbar ist einer der führenden Politikwissenschaftler Israels und Direktor des Begin-Sadat-Zentrums für Strategische Studien (BESA) an der Bar Ilan-Universität, Ramat Gan

Verantwortlich:

*Dr. Ralf Hexel,
Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung Israel*

Autoren:

*Dr. Yossi Beilin
Dr. Efraim Inbar*

Homepage: www.fes.org.il
Email: fes@fes.org.il

